

12. ERK-Plenum als Aufgabe gestellte Heranführung der Massen über den Kampf und Teilhabe an große Massenkämpfe. Durch eine große Anzahl von Vorschlägen zum Beispiel Hilfskreisläufe in den Betrieben zu gründen, durch neue Formen von Einheitsfrontgruppen, durch Betriebsdelegierten-Konferenzen, Parteiklassen-Beratungen und betriebliche Lohnkommissionen usw. wurden die reichen Erfahrungen der letzten Wirtschaftskämpfe ausgewertet.

Genosse Thälmann gab in seinem politischen Referat über die Beschlüsse des 12. Plenums einen Überblick über die Weltlage und die Lage in Deutschland. Er analysierte den Stand der bürgerlichen Klassenherrschaft, den Entwicklungsprozess des revolutionären Aufstiegs und konkretisierte die vom 12. Plenum für die deutsche Partei gestellten Aufgaben in der kommenden Phase der Entwicklung.

In der ersten Reihe der Kriege und Revolutionen, die in die Zeit von 1914 bis 1923 fällt, war allein die Partei der Bolschewiki unter Führung Lenins in der Lage, ihre historische Funktion zu erfüllen und die Oktoberrevolution siegreich zu gestalten. Beim Übergang zu einer neuen Reihe der vom 12. Plenum signalisierten Kriege und Revolutionen leben wir bereits in allen kapitalistischen Ländern, vor allem auch in Deutschland, starke kommunistische Parteien.

Der Faschismus soll den Zerfall der kapitalistischen Herrschaft aufhalten und das weitere Sinken der kapitalistischen Profitrate verhindern. Deutschland ist ein Musterbeispiel für den bereits vom 11. Plenum festgestellten Entwicklungsprozess der bürgerlichen „Demokratie“ zum Faschismus. Die Entwicklungsbedingungen des deutschen Faschismus, die sich aus dem Ende der kapitalistischen Stabilisierung ergeben, sind andere als die Entwicklungsbedingungen des Faschismus in Italien, Polen und auf dem Balkan zur Zeit des Beginns und der Entfaltung der relativen kapitalistischen Stabilisierung. So ist die faschistische Diktatur in Deutschland sowohl ein Ausdruck der starken Erschlitterung der kapitalistischen Klassenherrschaft, aber auch zu gleicher Zeit ein Ausdruck des Versuchs der Konsolidierung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Die jüngsten offiziellen Reden in München und Norderhorn, die Pläne der faschistischen Bourgeoisie, die Erste Kammer, ein Oberhaus, zu schaffen, die Konzentration der faschistischen Diktatur in Preußen, die stärkere Heranziehung auch des Stahlhelms, die weitere Erziehung der Großbourgeoisie an der NSDAP, die Zeitungs-, Demonstrations- und Versammlungsverbote, die Pläne, ein geschicktes Verbot von Streiks gegen die Notverordnungen zu erreichen, und ganz besonders der Feldzug der Bourgeoisie mit Druckereibeschlagnahmen und finanzpolitischen Anschlägen gegen die KPD. — dies alles kennzeichnet den wachsenden faschistischen Unterdrückungs- und die wachsende Anwendung unverhüllter Diktaturmethoden gegen das Proletariat.

Deutschlands Außenpolitik, der Rüstungsvorstoß, der Versuch, im Interesse des deutschen Imperialismus eine Forderung der Versailleser Gesetze zu erreichen, zeigt die zunehmende imperialistische Aggressivität der deutschen Bourgeoisie, die gestützt auf die chauvinistische Welle unter Ausnutzung des Faschismus wie des Sozialfaschismus, die imperialistischen Positionen zu verbessern versucht.

Angesichts der bedrohlich wachsenden Verschärfung der imperialistischen Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland, der militärischen Aufrüstungspolitik und der imperialistischen Abenteuerpolitik der deutschen Bourgeoisie wird die KPD, in den kommenden Wochen und Monaten immer entschlossener das Banner des proletarischen Internationalismus gegen die chauvinistischen Kriegshege entrollen, immer entschlossener den Kampf gegen den Nationalismus aufnehmen, die gemeinsame Front der französischen und deutschen Arbeiter und des internationalen Proletariats im Kampf gegen das Versailleser System als den einzigen Weg zur Freiheit durch den vollen Übergang der Macht in die Hände der Arbeiterklasse aufzuzeigen.

Im Kampf gegen den Nationalsozialismus muß bei stürkster Ausnutzung der beginnenden Zerkleinerung im Hitlerlager mit einer ideologischen Massenoffensive begonnen werden, um besonders die Massen der vom Faschismus beeinflussten werktätigen Jugend, der Arbeiter und Angestellten und ferner große Schichten des Kleinbürgertums für die revolutionäre Klassenfront zurückzugewinnen bzw. neu zu erobern. Das 12. Plenum des ERK hat mit aller Entschiedenheit betont, daß die weitere Entwicklung oder der Zerfall der faschistischen Diktatur in Deutschland in der Hauptsache abhängt von der Entfaltung des Klassenkampfes des Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei.

Bei unserem Massenkampf gegen die Sozialdemokratie müssen wir es verstehen, den Massen die Entwicklung der SPD zum Sozialfaschismus aufzuzeigen, wobei wir aufs schärfste den Unterschied betonen, der zwischen der Führung und der Mitgliedschaft der SPD bzw. des ADGB besteht. Bei jedem Schlag gegen die SPD und gegen die SPD-Führung muß es uns gelingen, die Arbeiter dieser Partei für uns zu gewinnen.

Die SPD. verliert den faschistischen Charakter der letzten Papp-Diktatur zu verlieren. Ihre gesamte Politik bedeutet eine praktische Hilfsleistung für die faschistische Diktatur. Die SPD. bindet die Massen an die Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie, sie zerstückelt das Proletariat in seinem Kampf, sie ist ein Werkzeug des Monopolkapitalismus. Sie ist, wie Genosse Stalin klassisch formulierte, „ein williger Sklave des Faschismus“, der „gemächste Hügel“ desselben. Durch ihre jahrelange Toleranzverschleierte und die Unterstützung der faschistischen Diktatur muß bei einer richtigen Entfaltung unserer Einheitsfrontpolitik natürlich die Spannung zwischen Masse und Führung der SPD weiter wachsen.

Rede von der Generallinie der Partei und den Korintern-Beschlüssen abweichende Charakteristik der Rolle der SPD., jede Unterdrückung dieser Partei, jede falsche Einbeziehung der Entwicklung des Faschismus muß natürlich, genau so, wie jede Überhöhung desselben und wie jede schematische Gleichstellung von Faschismus und Sozialfaschismus, zu falschen Schlussfolgerungen und zu gefährlichen Abweichungen führe, gegen die die gesamte Partei den schärfsten Kampf führen muß.

Die Parteikonferenz der KPD. setzte ebenso wie die vorausgegangene Plenarsitzung des Zentral-Komitees den Schlüsseltrieb unter die Auseinandersetzungen mit Genossen Heinz Neumann und einigen anderen Genossen, die in wichtigen politischen Fragen ernste Fehler begingen und abweichende Auffassungen von denen der Gesamtpartei und der Komintern vertraten. Einmütig und entschlossen wurde der Versuch der gruppenmäßigen, die Parteiführung diskreditierenden und die Autorität des ZK. untergrabenden Tätigkeit der Neumann-Gruppe verurteilt und ihre falschen politischen Auffassungen zurückgewiesen.

Die Parteikonferenz brachte zum Ausdruck, daß der Genosse Neumann und seine Gruppe durch ihre politischen Fehler, ihre prinzipienlose Opposition und ihre Gruppenarbeit zu einem Hemmnis für die Partei bei der Durchführung der vom Februarplenarum des Zentral-Komitees beschlossenen Wendung zur revolutionären Massenpolitik, zur Führung der Kämpfe und Aktionen wurden und daß die Partei ihre ersten größeren Erfolge in der

16 1/2 Jahre Zuchthaus und viele Jahre Gefängnis gegen Antifaschisten

Hamburg, 21. Oktober. (Fig. Drahtber.) Das Hamburger Schwurgericht verurteilte auf Grund von Zusammenhängen, die am Tage der Reichspräsidentenwahl zwischen Nazis und Arbeitern erfolgten, mehrere antifaschistische und kommunistische Arbeiter zu ungeheuren Strafen. Der angeklagte Arbeiter Frick erhielt neun Jahre Zuchthaus, die Arbeiter Kühl und Waide fünf bzw. 2 1/2 Jahre Zuchthaus. Die übrigen Arbeiter erhielten Gefängnisstrafen zwischen drei Monaten und drei Jahren.

Der außerparlamentarische Massenkampf gegen die Klassenjustiz wird noch ungenügend geführt. Täglich werden neue Terrorurteile

gegen antifaschistische Arbeiter gefällt, ohne daß auf der anderen Seite eine sich von Tag zu Tag steigende Protestwelle in den Werksbetrieben, Stempelstellen und in allen proletarischen Organisationen in Erscheinung tritt. Die Millionenmassen der ausgebeuteten Klasse dürfen nicht zulassen, daß ihre besten Klassengenossen auf Jahre in die Zuchthäuser und Gefängnisse nur deshalb wandern müssen, weil sie gegen den faschistischen Mordterror, für Arbeit, Brot und Freiheit gekämpft hatten. Stärkt die Reihen der Roten Hilfe, die den Kampf gegen Klassenjustiz und barbarischen Strafvollzug führt und eure verhafteten Klassenbrüder unterstützt. Werdet deshalb Mitgefühl der Roten Hilfe!

Die Papen-Winterhilfe in der Praxis

Wohlfahrtsunterstützungsätze um 3 Mark gekürzt

Kösel OS., 23. Oktober. Die Papen-Regierung hat eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungen und der Renten angekündigt. Wie aber in Wirklichkeit diese Ankündigung aussieht, zeigt uns der Fall bei den Wohlfahrts-Erwerbslosen der Stadt Kösel. Bei der Auszahlung am 21. Oktober erhielten alle ledigen Arbeitslosen ihre Unterstützung um 3 Mark gekürzt. Diese Kürzung hat eine ungeheure Empörung unter allen Wohlfahrts-Erwerbslosen ausgelöst.

Die Erwerbslosen dürfen sich durch das Versprechen auf Zahlung einer Winterzulage — nur geplant für die verheirateten Erwerbslosen, die von der Erwerbslosenversicherung betreut werden — von der Organisation des Kampfes um eine wirkliche Winterhilfe nicht abhalten lassen. Die Preimnauer Erwerbslosen haben allen übrigen Kollegen ein glänzendes Beispiel gegeben, wie man durch geschlossenes kämpferisches Auftreten der herrschenden Klasse die Forderungen abzutreiben vermag.

unter Rufen gegen die Papen-Regierung, für die Arbeiter- und Bauernrepublik. Die Demonstration fand ihr Ende, ehe die Polizei eintraf. In der Müllerstraße kam es wieder zu einem kleineren Zusammenstoß mit der Polizei, die mit Gummiknüppeln vorging und zwei Arbeiter verhaftete.

„SAP. macht nicht jede Dummheit der Kommunisten mit!“

Das erklärte der Fraktionsführer der Breslauer SAP-Stadtverordnetenfraktion Fritz Piesch in der Sitzung vom 22. September des Stadtparlamentes, als ein kommunistischer Antrag für wirkliche Winterhilfe zur Beratung und Abstimmung stand. Der Antrag der Kommunisten, der wirkliche Winterhilfe forderte, wurde von den Nazis bis zur SAP. abgelehnt.

Die SAP-Führer bezeichnen Anträge, die das Elend und die Not unter den Hilfsbedürftigen mildern sollen, als eine Dummheit der Kommunisten! Dieselben Leute versprechen aber in ihren Wahlaufrufen den Kampf gegen Sozialabbau, für Erhöhung der sozialen Unterstützungen zu führen. Genau dasselbe Spiel treiben die Hindenburg-Sozialisten. Auch sie versprechen in ihren Wahlaufrufen usw., alles für die Proleten zu tun.

Die SAP-Arbeiter dürfen ihre Führer nicht nach den Worten, sondern nach den Taten beurteilen. Und wenn sie das tun, dann werden auch sie zu der Erkenntnis kommen, daß sie mit Seidewitz, Ziegler und Co. nichts mehr gemein haben können, und daß nur die KPD. die wahre Interessenvertreterin des Proletariats ist.

Auch alle SAP-Arbeiter wählen deshalb die Liste 3 und demonstrieren damit ihre Kampfbereitschaft der roten Einheitsfront!

Körpertulturichule Koch verboten

Berlin, 24. Oktober. (Fig. Drahtber.) Das Kommissarisch-preussische Kultusministerium hat eine Verfügung erlassen, wonach die Körpertulturichule Adolf Koch verboten wird. Das Verbot stützt sich auf eine Staatsverfügung vom 31. Dezember 1839.

Demonstrationen gegen Papen

Berlin, 24. Oktober. (Fig. Drahtber.) Am Sonnabendabend kam es im Wedding zu spontanen Demonstrationen, an denen sich viele Hunderte von Arbeitern beteiligten. Die Arbeiter demonstrieren

Sammelt u. vertreibt die Kampffonds-Marken der KPD

Bilder-Serien aus Sowjet-Russland

Durchführung dieser Wendung mit der Antifaschistischen Aktion, mit der jetzigen Streikwelle ohne Überwindung dieser Störungsversuche nicht hätte erzielen können. Die Parteikonferenz unterstützte die ideologische Aufklärungsarbeit des Zentral-Komitees mit aktivster Unterstützung der Komintern, die zur Überwindung der falschen Auffassungen und zur völligen Isolierung der Neumann-Gruppe in der Partei und ihrer vernichtenden Niederlage geführt hat.

Die Fehler des Genossen Neumann lagen vor allem auf dem Gebiet der Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Faschismus. Nach dem Leipziger SPD-Parteitag im Jahre 1931 leugnete Genosse Neumann die Gefahr der Gründung der SAP., später duldete er falsche opportunistische Auffassungen über die Rolle der SAP. in der „Roten Fahne“ und brachte somit eine Unterdrückung der „linken“ Betrugsmasche des Sozialfaschismus zum Ausdruck.

Auf der anderen Seite wandte er sich gegen die Formulierung: „Den SPD-Arbeitern die Bruderhand!“, die er als „Nachlaufen hinter den Sozialdemokraten“ bezeichnete; weiterhin versuchte er die Lösung der „roten Einheitsfront“ in „Rote Arbeiterfront“ umzuwandeln, und verfolgte eine Linie des Unverständnisses für die Bedeutung der innergewerkschaftlichen Oppositionsarbeit. Diese letzteren Fehler störten die Partei bei der Entfaltung der Einheitsfrontaktion von unten und bildeten ein Hemmnis für die Eroberung breiter Schichten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und für die weitere Entfaltung der KPD.

Im Kampf gegen die faschistische Diktatur und gegen den Nationalsozialismus prägte Genosse Neumann bereits im Dezember 1930 die falsche Formulierung über die Brüning-Regierung, wonach die faschistische Diktatur bereits da sei und der Kampf nicht mehr um die Verhinderung, sondern nur noch um den Sturz der faschistischen Diktatur gehe. Damit wurde nicht nur der Kampf gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur abgeschwächt, sondern auch der SPD. die betrügerische Propaganda erleichtert, man müsse Hitler an die Macht lassen, damit er sich rascher „ab-wirtschaftet“. Ein besonderes Hindernis für die breite Massenarbeit zur Loslösung der werktätigen Nazi-Anhänger von der Hitler-Partei und eine Erhöhung unseres Kampfes gegen Tendenzen des individuellen Terrors in Teilen der Arbeiterklasse bildete die vom Genossen Neumann verfolgte Lösung „Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!“

Die Ablehnung der ideologischen Offensive innerhalb der Partei und der bolschewistischen Selbstkritik, sowie die Tendenzen der Schönfärberei schlossen die Reihe der Fehler, Abweichungen des Genossen Neumann und einiger anderer Genossen ab.

In bolschewistischer Geschlossenheit hat die Parteikonferenz

durch einstimmigen Beschluß nicht nur die Fehler und Abweichungen und vor allem die Gruppenarbeit und die Versuche, im Jugendverband die Autorität der Parteiführung zu untergraben, zurückgewiesen, sondern auch festgestellt, daß die Gruppe Neumann im der Mitgliedschaft und bei den Funktionären der Partei keinerlei Boden zu finden vermochte, sondern von vornherein völlig isoliert war.

Genosse Florin, der das zweite Referat über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion hielt, stellte den Kampf der beiden Systeme, des Kapitalismus und Sozialismus als einen weltgeschichtlichen Klassenkampf dar, die die gewaltige Rolle der kommunistischen Partei demonstriert. Der bevorstehende, 15. Jahrestag der siegreichen russischen Oktoberrevolution steht für die Arbeiterklasse Deutschlands im Zeichen des brüderlichen Bündnisses und der aktiven Verteidigung der Sowjetunion, den Kampf um die Errichtung der Arbeiter- und Bauernrepublik. Die unverbrüchliche Verbundenheit der deutschen Partei mit der führenden Partei der kommunistischen Internationale, der Partei der Bolschewiki und ihrem Leninschen Zentralkomitee unter Führung des Genossen Stalin fand auf der Parteikonferenz immer von neuem lebendigen Ausdruck. Unter stürmischem, minutenlangem Beifall proklamierte Genosse Thälmann die Solidarität der revolutionären Arbeiter Deutschlands mit dem Kampf der KPSU. gegen die konterrevolutionäre Gruppe Kautin und ihre Helfer, die aus der Partei ausgeschlossenen Sinowjew, Kamenjew, Sten und Uglanow.

Die Parteikonferenz war eine Tagung der Konsolidierung und Festigung der bolschewistischen Kadern, einer entschlossenen Steigerung der revolutionären Massenpolitik, der kühnen Anwendung der Einheitsfronttaktik als Hauptmethode der Kampfmobilisierung, der Heranführung der Massen durch die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe aller Art auf unserer Generallinie an größere Kämpfe, was den verschärften Kampf gegen die eigene Bourgeoisie voraussetzt. Gestählt gegen alle politischen Anschläge und ideologischen Einschüchterungen des Klassenfeindes geht die kommunistische Partei an die Kämpfe der kommenden Wochen und Monate heran. In kühner Offensive wird die KPD. schon die bevorstehenden Reichstagswahlen in den Dienst der Mobilisierung der Massen in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Arbeitervereinen und auf den Dörfern stellen. Deutschland geht großen Klassenkämpfen entgegen. Mit vollem Recht wies der Führer der KPD. auf der Parteikonferenz auf jenen Satz aus den Beschlüssen des 3. Weltkongresses der kommunistischen Internationale hin, wonach die Lebensbedingungen der Arbeitermassen immer unveränderbar werden mit der Existenz der kapitalistischen Gesellschaft und sich darum der Kampf auch um die bestmöglichen Forderungen auswärts zum Kampf um den Sozialismus!

Waldenburg

„Friedenspflicht“ oder Streit?

Wer organisiert den Kampf gegen Lohnraub und Notverordnungen?

Reformistische Gewerkschaften oder A.G.D.?

Zu diesem aktuellen Thema spricht am Dienstag, dem 27. Oktober, 19 Uhr, im Hotel „Sandberg“ in Sandberg, der Genosse

Freih Emeich, MdA., Berlin,

Mitglied des Reichskomitees der A.G.D., in öffentlicher Versammlung der A.G.D. Gewerkschaftskollegen, Betriebsarbeiter und Erwerbslose, erscheint in Massen.

Ortskomitee Waldenburg der A.G.D.

Die Mieter der „Gemeinnützigen“ setzen sich zur Wehr!

Zellhammer. Wir haben schon des öfteren über die Mieter die die „Gemeinnützige Wohnungsfürsorge“ von ihren Mietern verlangt, berichtet. Arbeiter, die ihre letzten Pfennige hergeben, daß diese Herren überhaupt möglich wurde, die Wohnungen zu bauen, sind heute zugemutet, daß sie Mietern von 30 bis 40 Mark ausbringen sollen. Begreiflicher Weise wehren sich jetzt diese Mieter, weil sie sich nicht zugrunde gehen wollen. Den Mietern wird immer klarer, daß nur es möglich ist, wenn sie in ihrer Gesamtheit einer für den anderen einstehen, niedrigere Mieten durchzusetzen. In mehreren Versammlungen nahmen die Mieter zu der Lage Stellung und verlangten, daß ihre Vorschläge auf Mietensenkung berücksichtigt werden. Im Januar hatte man, um die Gesellschaft zu „sanieren“, sich den Pächtern in die eigene Tasche gesteckt. Die Mieter verlangten jetzt, wenn sie gut sind zum Beiträge und Miete bezahlen, sie auch Einfluß in die Wähler haben wollen. Das ging diesen „Arbeitervertretern“ zu weit und sie schickten einem erwerbslosen Mietzgenossen ein Schreiben, in welchem diesem die Wohnung gekündigt wurde. Die Mieterchaft wird dieses Schanddokument zu beantworten wissen und sich um so fester zusammenschließen. Die Mietaufbauern, die mit in dieser Organisation sind, werden in der nächsten Versammlung über dieses gemeine Handeln Rechenschaft fordern.

Hausjuchungen in Nieder-Salzbrunn

Am Dienstag, dem 18. Oktober, erschien gegen 1/23 Uhr, die Heilige Landjäger, bei dem Arbeiter Heinrich Ruppelt, in Nieder-Salzbrunn, Oskar-Schützstraße, um, angeblich nach Waffen zu suchen. Die Landjäger durchsuchten Schränke, Betten, sowie sämtliches Mobiliar. Ein altes Seitengewehr, welches noch vom vorhergehenden Mieter herrührt, und die Ketten vom alten Fritz mitgenommen hat, wurde beschlagnahmt. Ohne Waffen bei dem Arbeiter anzuhaben, mußte die Polizei abriden. Unseres Erachtens bietet Fürstentstein ein besseres Gebiet der Waffensuche!

Auch bei Kinkel droht Lohnraub

(Betriebsarbeiterkorrespondenz)

Landeshut. Auch die Firma Kinkel, Abteilung Beherei, geht dazu über, einen Teil der Notverordnung Papens durchzuführen. Am 17. Oktober wurden zehn Arbeiterinnen neu eingestellt. Durch dieses Manöver will die Firma in den Genuß der 40 Mark Prämie kommen, die Papen den Unternehmern zusicherte. Natürlich auf Kosten der Arbeiter, denn ihnen wird der Hungerlohn um weitere 10—16 Prozent gekürzt werden. Bei der Firma Kinkel arbeitet der größte Teil der Belegschaft schon Jahre hindurch nur drei Tage. Erst die letzten 14 Tage vor Annahme der Neueinstellung hat die Direktion die Belegschaft zum Teil 40—48 Stunden arbeiten lassen, um den Eindruck zu erwecken, daß die Einstellungen notwendig sind.

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Kinkel müssen auf dem Posten sein. Auch bei ihnen wird man versuchen, den Lohnraub durchzuführen. Das darf nicht sein! Es heißt heute schon den Betrieb kampfbereit zu machen, in jeder Abteilung Vertrauensleute zu wählen, um so den profitgierigen Unternehmern die geschlossene Front der Textilarbeiter entgegenzustellen.

Ein christlicher Betriebsratsvorsitzender als Ordnungshüter

(Textilarbeiterkorrespondenz)

Landeshut. Die Firma F. B. Grünberg versucht ebenfalls den Lohn abzubauen, indem sie die Differenz im Zeitlohn nicht mehr erschaffen will. Es ist schon oft vorgekommen, daß die Weber eine ganze Woche ohne Lohn sind, daß sie einige Tage nach Hause gehen müssen und dafür keine Vergütung erhalten. Gegen diese unerhörten Zustände unternimmt der christliche Betriebsratsvorsitzende keine Maßnahmen. Nach seiner eigenen Auffassung ist es nur als Ordnungshüter da, natürlich nur für den Selbstschutz. Die Belegschaft hat schon zur Genüge erfahren, daß dieser Betriebsrat den Kampf gegen den profitgierigsten Unternehmer ausweicht und den Kollegen und Kolleginnen vor dem Streik grüßlich macht. Auch als Stabverordneter betätigt sich dieser christliche Betriebsratsvorsitzende gegen die Interessen der Arbeiterchaft. Der Unternehmer wird niemals auf die Interessen der Arbeiter Rücksicht nehmen, sein Profit steht ihm höher. Die Belegschaft muß daher über den Kopf dieses Betriebsratsvorsitzenden und der Gewerkschaftsbürokratie hinweg zum gemeinsamen Kampf mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition rufen!

150 Mann Belegschaft ohne Betriebsrat

Ströbel. Vor einiger Zeit nahm der zuständige Gewerberat eine Beschäftigung der Betriebe der Firma Schall vor. Da ein Betriebsrat nicht besteht, war das Suchen nach ihm vergeblich. Da die reformistischen Steinarbeiter die Wahl eines Betriebsrats bisher nicht nötig hielten, so glaubte ein Teil der Steinarbeiter, daß die Belegschaft von dem Gewerberat auf die Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes hingewiesen wurde und die Betriebsleitung einen Wahlvorstand zu benennen hat, welcher die Wahl einleitet. Steinarbeiter, wollt ihr noch länger dulden, daß ein Betrieb mit über 150 Beschäftigten ohne Vertretung ist. Nehmt sofort Stellung in einer Betriebsversammlung. Es kann nicht so weiter gehen, daß die Betriebsleitung beliebig mit den Arbeitern herumspintelt. Fordert die Wahl eines Betriebsrats!

In Deutschland Erwerbslosigkeit, Hunger und Not In Sowjetrußland für jeden Arbeit und Brot

Am 15. Oktober fand in Jauer im Gasthof zur Stadt Wolkenshain eine öffentliche Friedenserversammlung statt, einberufen von der Opposition. Als Referent war Rektor Felsen, Breslau, erschienen, er sprach über das Thema: „Kirche, Ehe und Familienleben in Sowjetrußland.“ Anwesend in der Versammlung waren 400 Personen. In einem 1 1/2 stündigen Referat schilderte Rektor Felsen den sozialistischen Aufbau in Rußland und war in der Lage, die Schwindelnachrichten der bürgerlichen Presse in der ganzen Welt zu widerlegen. Zum Beispiel: „Kirchenschließung und Religionsverfolgung“. Die Kirchen sind vom Staate getrennt, die Gläubigen müssen ihre Kirchen selbst erhalten, es gibt keinen Staatszuschuß, auch werden keine Kirchensteuern von einem Gerichtsvollzieher gepfändet, solange die Gläubigen ihre Kirche selbst erhalten, erfolgt keine Schließung der Kirche. Beweis: In Moskau stehen 3000 Kirchen, davon sind geschlossen 200 Stück, die anderen 2800 stehen immer noch den Gläubigen für ihre Religion zur Verfügung. Also keine Kirchen- und Christenverfolgung. Was die Ehe in Sowjetrußland betrifft, so legte Felsen deutlich klar, daß die Eheschließung und Ehescheidung auf einer freieren Basis besteht, als in einem kapitalistischen Staate und daß die Frau in Sowjetrußland dasselbe Recht besitzt, wie der Mann. Auch das Familienleben schilderte Rektor Felsen in glänzender Weise.

In Deutschland Erwerbslosigkeit, Hunger und Elend, in der Sowjetunion gerade das Gegenteil.

Als Rektor Felsen sein Referat beendet hatte, wurden verschiedene schriftliche und mündliche Fragen an Rektor Felsen gerichtet. Er beantwortete jede Frage zur Zufriedenheit der Fragesteller. Im Schlußwort sprach Felsen noch über die lügenhaften Schauermärchen der kapitalistischen Länder, über „Kinderverwahrlosung“ in der Sowjetunion. Rektor Felsen erklärte selbst, daß nach Übernahme der Sowjetmacht tausende von Kindern obdachlos umhergerirrt sind, was aber bis heutigen Tages alles beseitigt ist und die Kinder in den Kinderheimen untergebracht sind. Rektor Felsen hat nicht nur die Erwerbslosigkeit, sondern auch noch die bestehenden Mängel in seinem Vortrag geschildert. Am Schluß angefangen, betonte der Redner noch einmal,

wenn wir aus Hunger, Elend und Not herauskommen wollen, müssen wir ein Sowjetdeutschland errichten und am 6. November unsere Stimme der Liste 3, als Demonstration für außerparlamentarischen Kampf geben.

Zwangs-Ermittlung in Grünberg

Wie überall, so können auch in Grünberg eine Anzahl Mieter ihre Miete nicht mehr bezahlen, da ihre Unterhaltung nicht einmal zum nackten Leben reicht. Grundbesitzer wurde der Genosse Granalle vom Rabeberg, am Sonnabend, dem 15. Oktober, ermittelt. Diese Ermittlung ging nun nicht so glatt vonstatten, wie es sich der Hauswirt Granalle vorher vorgestellt hatte. Von dieser Angelegenheit hatten eine Anzahl Erwerbslose Kenntnis erhalten, sie begaben sich nun selbstverständlich nach dem Rabeberg. Der Hauswirt G. sowie dessen Ehehälfte gebärdeten sich wie wild gewordene Stiere, zumal als keine Aufforderung, doch mit anzusehen und die Sachen aus der Wohnung zu schaffen, mit einer Lach- und Spottstube der Erwerbslosen beantwortet wurde. Großmann forderte nun einige Nachbarn zur Mithilfe auf. Diese verweigerten jedoch diese Arbeit, was von der Anwesenheit sehr begünstigt wurde. Es blieb ihnen weiter nichts übrig, als im Verein mit seinem Sohne und dem Gerichtsvollzieher, die Sachen herunterzuholen. Durch das unanständige Verhalten der Sachen, wurden mehrere Beschädigungen an denselben festgestellt. Die anwesenden Erwerbslosen, sowie die Kameraden des Roten Massenelbstschutzes, wurden nun von Großmann und Frau derart belästigt, daß die auch anwesenden Polizeibeamten dem Gew. eine ordentliche Rüge erteilen mußten. Ein Beamter erklärte, daß sie nicht zum Schutze des Hauswirtes hier seien, sondern zu dem des Gerichtsvollziehers. Da von seiten der Stadt kein Führer gestellt

worden war, ergriffen die Kameraden des Roten Massenelbstschutzes die Sachen und trugen dieselben unter Aufsicht von Parolen wie: „Neht Solidarität!“ „Eine Ermittlung!“ usw. in langem Zuge nach der Stadt, wo sie dieselben vor dem Rathaus niederlegten. Hier wurde eine Delegation zum Oberbürgermeister entsandt, um eine Wohnung für den nun obdachlos gewordenen Genossen Granalle zu verlangen.

Inzwischen hatten sich einige hundert Menschen auf dem Ring eingefunden,

die die Solidarität der Kollegen gut hießen, aber das Vorgehen des Hauswirtes schwer verurteilten.

Jetzt kam die heilige Polizei angefahren, und versuchte die Menge durch Aufforderung zum Weitergehen zu zerstreuen. Desgleichen wurden die Kollegen aufgefordert, die Möbel ins Asyl für Obdachlose zu schaffen. Es rührte jedoch keiner die Sachen an, da sie es nicht verantworten konnten, eine Familie mit 1 Kind ins Asyl zu schaffen, sondern warteten auf die Angabe einer Wohnung. Nun wurden Fürsorge-Arbeiter der Stadt geholt. Ein Teil von ihnen verweigerte ebenfalls diese Arbeit. Die übrigen führten nun die Sachen zum Asyl, wo dieselben untergestellt wurden. Die Familie wollte man zerreißen. Die Frau mit dem Kinde sollte zu den Frauen, der Mann ins Männerabteil. Wir verlangen, daß das Wohnungsamt sofort für den Ermitterten eine Wohnung besorgt, und in Zukunft ertägige Ermittlungen unterbleiben. Der werktätigen Bevölkerung rufen wir zu:

Neht Solidarität mit euren Klassengenossen!
Sineht in den Roten Massenelbstschutz!

Am 6. November alle Stimmen nur der Liste 3!

Aus der Glogauer Hitler-Jugend!

(Jungarbeiter-Korrespondenz)

Als neulich die Genossen des KJVD bei der Hitlerjugend Flugblätter verteilten, entspann sich zwischen den Jungkommunisten und den Nazi-Jungproleten alsbald eine lebhafte Diskussion. Als man über die Frage des Kampfes gegen die Großgrundbesitzer sprach, ließ ein weißer Nazi-Jüngling die Bemerkung fallen: „Ich kann doch nicht gegen den Großgrundbesitzer kämpfen, denn meine Eltern haben ja selber ein großes Gut.“ In seiner Dummheit hat dieser junge Mann etwas sehr Wahres gesagt: er hat mit diesem kurzen Satz seinen proletarischen Kameraden die gewaltigen Klassenmäßigen Unterschiede in den Reihen der HJ. enthüllt!

Wir wissen, daß berartige Äußerungen die Zerstückung der Glogauer HJ., von der wir schon berichteten, vorwärts treibt. Wir wissen, daß immer mehr Nazi-Jungproleten den Weg zur Einheitsfrontaktion aller Jungwerttätigen finden werden, daß Tausende von ihnen am 6. November das Massenbekenntnis für die Liste 3 ablegen.

Berichtigung

Der Einleger des Berichtes: „Hungerlöhne in der Grenzland-druckerei“ berichtigt: Ich erkläre, daß die von mir abgefaßte Notiz, von mir in unüberlegter Verärgerung abgefaßt wurde. Ich habe von der Grenzlanddruckerei die mir zustehenden Beträge erhalten und erkläre, daß ich unrecht gehandelt habe, zumal mir bekannt war, daß die Entlohnung der angestellten Arbeiter des Betriebes über die tariflicher Ansprüche hinaus erfolgt.

Jeder Tag jetzt ein Kampftag!

Heute und morgen, täglich die Parole:
Alles für die Einheitsfrontaktion, alles für die Liste 3!
Unser Kampftruf in die Mietkassernen und Stempelstecken, auf die Dörfer!
Jeder Tag: Massenvertrieb unserer Wahlbroschüren!

Überzeitarbeit und Hungerlöhne in der Steinindustrie

Ein Steinarbeiter verdient 65 Pf., während die Firma 1,65 Mark berechnet — Steinarbeiter rüstet zur Einheitsaktion gegen den Lohnraub

Ströbel. Obwohl noch ein großer Teil der früher bei der Firma „Quakauer Granitwerke“ beschäftigt gewesener Transportarbeiter arbeitslos ist, werden von den jetzt beschäftigten Transportarbeitern Überstunden verlangt. Der reguläre Arbeitslohn ist Sonnabends um 12 Uhr. Die Transportarbeiter müssen aber oftmals auch am Sonnabend nachmittags arbeiten. Obwohl für Transportarbeiter die Arbeiten laut Tarif im Accord geregelt sind, wird nur Stundenlohn gezahlt. Für 48 Pf. pro Stunde muß durch das Antreibesystem schlimmer als im Accordlohn gearbeitet werden. Den reformistischen Betriebsräten und dem Steinarbeiterverband sind diese Zustände bekannt. Nichts wird aber hiergegen unternommen. Wie brutal diese Firma die Arbeiter ausbeutet, zeigt folgendes Beispiel:

Ein Steinarbeiter war von dieser Firma auf eine auswärtige Baustelle (Kirchbau in Groß-Silsterwitz) geschickt worden, um einige Arbeiter an dieser Baustelle zu verrichten. Der betreffende Steinarbeiter erhielt von der Firma 65 Pf. pro Arbeitsstunde. Die Firma verlangte aber von dem Bauunternehmer 1,65 Mark für jede geleistete Arbeitsstunde. Die Auslagen der Firma für Abnutzung

und Schärfung des Handwerkszeuges und Beiträge für Sozialversicherung betragen hochgerechnet 6 Mark pro Woche. Die Firma verdient also an einem Steinarbeiter 42 Mark pro Woche. Also noch mehr, als der Steinarbeiter an Lohn erhält.

Steinarbeiter von Ströbel, wollt ihr euch länger in dieser Art und Weise ausbeuten lassen? Macht Schluß mit diesen Ausbeutungs-methoden. Verweigert jedwede Überstunden. Fordert die Einstellung der erwerbslosen Kollegen. Nehmt hierzu in einer Betriebs-versammlung Stellung.

Schmiedet die rote Einheitsfront! Nur im gemeinsamen Kampf auch gegen den Willen der Führer, ist es möglich, die Überzeitarbeit bei vollem Lohnausgleich zu beenden. Die Gewerkschaftsbürokratie stellt sich diesem Kampf, den die A.G.D. unerbittlich führt, homannend in den Weg. Dieser Hemmschuh muß weggeräumt werden. Steinarbeiter, darum schließt euch im Verband zu Oppositions- und im Betrieb zu Betriebsgruppen zusammen! Demonstriert am 6. November mit eurer Stimme gegen die Lohnräuber, für den gemeinsamen Kampf, indem ihr eure Stimme der A.G.D., Liste 3, gebt!

Textilarbeiter und Steinarbeiter, euch geht es an!

Zwei wichtige Konferenzen im Zeichen der Massenmobilisierung gegen neuen Lohnraub!

Sonnabend, den 29. Oktober, in Wülfegiersdorf Sonntag, den 30. Oktober, in Ströbel bei Jochen

für die Textilbetriebe in Reichenbach, Langenbicklau, Kengersdorf, Wülfegiersdorf, Ranzendorf, Landeshut, Friedland und Umgegend.

für die Steinbetriebe Ströbel, Gorkau, Ströbel, Jauer, Seiegen, Wülfegiersdorf und Umgegend.

Diese Konferenzen beschäftigen sich in der Hauptsache mit den Lehren der letzten Streikämpfe und der Schaffung besserer Voraussetzungen für erfolgreiche Kämpfe gegen neuen Lohnraub, Beseitigung des Tarifrechts und Streikverbot. Kollegen in den Betrieben! Sorgt dafür, daß eure Vertrauensleute, Betriebsräte, Mitglieder der Streikleitungen und Solidaritätsausschüsse erscheinen und entgegenet aus den Betrieben und Gewerkschaften Delegierte! Vertreter der Arbeitervereine sind ebenfalls eingeladen!
Regiert Glogauer A.G.D. Einheits-

Antifaschistische Demonstrationen in Wien

Die Arbeiter fordern die Freilassung der Verteidiger des Simmeringer Arbeiterheims, während die SPDe.-Führer im Parlament Komödie spielen — Misstrauensvotum gegen Dollfuß abgelehnt

Wien, 22. Oktober. Am gestrigen Tag fanden in Wien zur gleichen Zeit, während die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament ein Komödienspiel zur Täuschung der antifaschistischen Arbeiter ausführten, große Demonstrationen der Wiener Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei und der Antifaschistischen Aktion statt. Trotz des von dem Heimwehrfaschisten Frey erlassenen und von dem sozialdemokratischen Landeshauptmann Seitz durchgeführten Demonstrationsverbots für die Arbeiterorganisationen marschierten auf den Straßen der Arbeiterviertel viele Hunderte von Arbeitern auf den Ruf der kommunistischen Partei gegen die faschistische Dollfuß-Regierung auf.

Eine besonders starke Demonstration fand in Simmering statt, der Stätte des letzten faschistischen Überfalls auf das Arbeiterheim. Über 1000 Arbeiter demonstrierten für die Freilassung der Verteidiger des Simmeringer Arbeiterheims und gegen den faschistischen Terror. Die Polizei, die im großen Aufgebot gegen die Demonstranten eingesetzt wurde, eröffnete das Feuer auf die Massen; jedoch legten die Demonstranten energigsten Widerstand entgegen. Durch die Schüsse wurde niemand verletzt.

Die Sozialdemokraten hatten ihren Misstrauensantrag gegen die Dollfuß-Regierung zugunsten eines großdeutschen Misstrauensantrags zurückgezogen. Wie von vornherein zu erwarten war, wurde der Misstrauensantrag mit 83 gegen 78 Stimmen abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, den Wahltermin zum 27. November festzusetzen. Die ganze Erbarmlichkeit der Sozialdemokratie zeigte sich schon darin, daß sie noch nicht einmal von dem Mittel einer parlamentarischen Obstruktion Gebrauch machte, sondern im Gegenteil nach den bereits von uns mitgeteilten Zwischenfällen sich im Alleitenrat verpflichtete, Burgfrieden zu halten, damit die Parlamentsarbeiten ungehindert — d. h. im Sinne der faschistischen Dollfuß-Regierung — durchgeführt werden können. Der Misstrauensantrag, von dem die Sozialdemokraten natürlich genau wußten, daß er abgelehnt wird, diente ausschließlich dazu, die Massen vom außerparlamentarischen Kampf abzuhalten. Die Demonstrationen der Wiener Arbeiterklasse unter Führung der Antifaschistischen Aktion bewiesen jedoch, daß in wachsendem Maße das österreichische Proletariat das Spiel der sozialdemokratischen Führer durchschaut und sich seine starken Kräfte nicht mehr von den Betrugsmanövern der Sozialdemokratie binden lassen will.

Die Welle der Arbeitslosenunruhen in England

London, 22. Oktober. Gestern sollten vor dem Londoner Gericht drei Arbeiter abgeurteilt werden, die an den Demonstrationen gegen den Prinz Georg von England anlässlich der Eröffnung eines Seemannsheimes teilgenommen haben. Unlänglich dieses Prozesses versammelten sich heute im Osten Londons Tausende von Arbeitslosen vor dem Polizeigerichtshof und forderten die sofortige Freilassung der verhafteten Arbeiter. Als die Polizei in unerhöhrter Brutalität auf die Arbeitslosen einschlug, wurde sie von der Menge mit Steinen und Flaschen bombardiert. Erst nachdem Polizei zu Pferde und auf Kraftwagen zur Verstärkung herbeigeholt worden war, konnte die Menge nach heftigen Kämpfen auseinandergeknüpelt werden.

Weitere schwere Zusammenstöße ereigneten sich im Stratford-Avon, wo 300 Teilnehmer am Hungermarsch Freitag verhaftet wurden. Als die Behörden ihnen Nahrung verweigerten, begannen die Arbeitslosen mit Unterstützung der sich schnell sammelnden Arbeiter für ihre Forderungen zu demonstrieren. Die Polizei ging mit der Feuerprühl gegen die Teilnehmer am Hungermarsch vor. Bei dem darauffolgenden Kampf wurden 10 Demonstranten und ein Polizist verletzt.

Die Paraden Mussolinis und seine Angst vor den Arbeitern

Italienische Grenze, 22. Oktober. Mussolini wird in diesen Tagen zu Paradezwecken verschiedene Städte besuchen, so u. a. die Arbeiterstadt Torino. Bis jetzt war der „Duce“ noch nicht in dieser Stadt, in der Furcht, daß sein Besuch ein Fiasko sein würde. Aber diesmal soll die Zeremonie im großen Stil organisiert werden. Die Vorbereitungen sind im Gange. Hunderte von Verhaftungen sind vorgenommen worden. Viele Personen haben es vorgezogen, während dieser Tage lieber aus der Stadt zu flüchten, als der Zeremonie beizuwohnen.

Jedes Haus, jede Wohnung in den Straßen, wo der Umzug vorbeiziehen wird, wurde bereits durchsucht. Die Familienväter wurden aufgefordert, die Liste der Mitglieder der Familie abzugeben und eventuell ihrer Gäste. Es handelt sich für die Faschisten darum, diesmal einen Gewaltstreik gegen die Arbeiterstadt auszuführen.

Frankreich im Strudel der Krise

Paris, 22. Oktober. Die französische Regierung steht vor riesigen Finanzschwierigkeiten, die bereits so stark sind, daß die Stellung der Regierung aufs schwerste erschüttert ist. Das Budget weist ein Defizit von über 12 Milliarden auf. Die Regierung Herriot, die bekanntlich von der Sozialdemokratie in den Sattel gehoben und gestützt wird, plant einen riesigen Gehaltsabbau bei den unteren Beamten und Angestellten und einen Raub an den Pensionen der Kriegsinvaliden. Die kommunistische Partei organisiert gegen diese Raubpläne der Bourgeoisie den Widerstand der Werttätigen.

Die Lage wird um so komplizierter, als der französische Imperialismus, der Milliarden für seine eigenen und die Kriegsrüstungen seiner Vasallenstaaten hinauswirft, am 15. Dezember einen Teil der Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten bezahlen muß. Die französische Regierung verhandelt bereits mit Washington, das die Lage der französischen Bourgeoisie dazu benutzt, um das Kriegsbündnis zwischen Japan und Frankreich zu zerreißen.

All diese Tatsachen, ferner die steigende Arbeitslosigkeit zeigen, daß auch der französische Imperialismus in den Strudel der kapitalistischen Weltkrise immer mehr hineingezogen wird.

Das Organ der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, „Nepzavara“, ist von der faschistischen Regierung Gömbös für eine Woche verboten worden.

Japans Druck auf den Völkerbund

Entweder Anerkennung des Raubes, oder Austritt aus dem Völkerbund

Tokio, 22. Oktober. Der japanische Sondervertreter in der Mandchureifrage für Genf ist am Freitag nach Genf abgereist. Vor seiner Abreise erklärte er, daß Japan die Wiederherstellung der chinesischen Oberhoheit in der Mandchurei unter keinen Umständen anerkennen werde. Halbamtlich wird ferner mitgeteilt, daß Matsuoka vom japanischen Kabinett folgende Anweisungen für die Haltung Japans erhalten habe. Der Völkerbund müsse die japanischen Sonderinteressen in der Mandchurei anerkennen. Sämtliche Erklärungen über die mandchurische Frage sollen auf drei oder vier Jahre hinausgeschoben werden; falls der Völkerbund zu einem Beschluß komme, der die japanischen Forderungen nicht anerkennt, wird Japan den Austritt aus dem Völkerbund vollziehen.

Damit läßt der japanische Imperialismus keinen Zweifel darüber, daß er keinerlei Konzessionen an eine imperialistische Konkurrenz macht, sondern die mit den Waffen geraubte Beute allein für sich halten will. In Völkerbundsstreifen erklärt man bereits ganz offen, daß sich auch diesmal der Völkerbund um eine Entscheidung herumdrücken will, was natürlich eine tatsächliche Unterstützung des japanischen Raubkrieges bedeutet.

Vor der Aussperrung von 200 000 Spinnern in Lancashire

London, 22. Oktober. Die amtlichen Vermittlungsverhandlungen in der Frage des Lohnraubs an den Spinnern von Lancashire dürften wahrscheinlich scheitern. Obwohl die Gewerkschaftsbürokraten sich nun bereits mit einem 10prozentigen Lohnraub einverstanden erklären, kündigen die Unternehmer die Aussperrung von 200 000 Textilarbeitern an, falls nicht ihre Lohnraubforderungen restlos bewilligt werden.

Hier tritt der abgrundtiefe Verrat der reformistischen Bürokratie klar zutage. Die Spinner von Lancashire hatten bereits während des großen Weberstreiks mit überwältigender Mehrheit beschlossen, in den Streik zu treten. Die Gewerkschaftsführer haben diesen Streik verhindert und damit die Unternehmer zu immer neuen Vorstößen ermuntert.

Verbot des Kongresses der bulgarischen Arbeiterpartei

Sofia, 20. Oktober. Der Innenminister Gerginow hat den für den 30. Oktober einberufenen Kongreß der Arbeiterpartei Bulgariens verboten. Der Polizei sind Anweisungen gegeben, daß keine Delegierten nach Sofia gelassen werden, damit eine eventuelle illegale Abhaltung des Kongresses verhindert wird.

Das Verbot hat die größte Empörung unter den Arbeitern und Bauernmassen hervorgerufen. Die Arbeiterpartei hat eine Protestaktion gegen das Verbot eingeleitet. Eine große Arbeiterdelegation erschien beim Innenminister und protestierte energig gegen das gesetzwidrige Verbot.



Bild von den Straßenkämpfen zwischen Polizei und Erwerbslosen in London

Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). Übersetzt von Olga Halpern.

19. Fortsetzung.

Unterwegs ergab ich mich meinen traurigen Gedanken. Das Wasser rührte leicht zu meinen Füßen, als ich das Wolgaufer entlangging. Die Luft, der Wald, die ganze Landschaft waren, wie es mir vorkam, mit tiefer Traurigkeit durchdrungen. Und diese Traurigkeit hörte ich auch aus dem Rauschen des Wassers, aus dem Wellenschlag heraus.

„Wie häßlich und ärmlich hier alles ist!“ dachte ich, als ich in einen kleinen Kaufladen trat. Ich war hungrig und wollte mir etwas zu essen kaufen.

„Haben Sie nicht etwas Besseres?“ fragte ich den Ladenbesitzer und zeigte auf die alte, verstaubte Wurst und die Brezeln, die hart waren wie Stein.

„Etwas Besseres?“ fragte der Ladenbesitzer. „Hier gibt's doch keine Käufer. Wer lebt denn hier? Bauern, Weber, Textilarbeiter. Für den Weber ist auch diese Wurst gut genug, er kauft alles, frisst alles. Glauben Sie, daß er sich auf gute Waren und Delikatessen versteht? Keine Spur. Es hat keinen Sinn, hier gute Waren zu führen. Sie sind wahrscheinlich fern Hiesiger. Ihrer Aussprache nach sind Sie wohl ein Petersburger. Ich habe auch in Petersburg gelebt und behaupte sehr, daß ich hierher gekommen bin. Eine schreckliche Gegend ist das hier, Sand, Wasser, Wald, Weber und Bauern, sonst nichts...“

„Hab ich am Ende deshalb keine Arbeit hier finden können, weil man, meiner Aussprache nach, mich für einen Petersburger hält?“ dachte ich, in meine Hütte zurückkehrend.

Zwei Wochen vergingen. Die Nächte waren so kalt, daß die Bäume am Morgen mit Reif bedeckt waren, die Erde war hart

vom Frost, und Eis bedeckte die Pfützen. Eines Morgens empfand ich einen so heftigen Schmerz im Bein, daß ich, beim Versuch, aufzustehen, zurückfiel.

„Was soll ich machen?“ dachte ich beim Gedanken, daß meine Krankheit sich verschlimmert und daß ich zum Krüppel werde, übermannte mich tiefe Traurigkeit.

In diesem Augenblick öffnete sich die Tür, und auf der Schwelle erschien der Student P.

„Sie scheinen wirklich sehr krank zu sein, lieber Freund, ich sah, wie Sie verkrüppelt, aufzustehen. Wie haben Sie nur so viel Energie und Kraft aufgebracht, Tag für Tag mit solchen Schmerzen in den Beinen Arbeit zu suchen? Ich bringe Ihnen eine unangenehme Nachricht. Bei einem Bauern des Nachbardorfes wurde ein Pferd gestohlen. Eine unserer Arbeiterinnen, die hier in der Nähe wohnt, sah Sie zufällig. Jetzt geht das Gerücht im Dorf, daß in der Waldhütte, die sich am Wolgaufer befindet, irgendein Landstreicher haust. Die Sache kann eine unangenehme Wendung nehmen, die Polizei kann Sie jeden Augenblick als Landstreicher, der des Pferdediebstahls verdächtig ist, verhaften; oder die Bauern, erbittert, daß ihre Pferde gestohlen werden, können herkommen, um mit Ihnen, ohne Hilfe der Polizei, abzurechnen. Die erste Möglichkeit ist böse, die zweite noch böser. Sie müssen sofort von hier verschwinden. Da Sie keine Arbeit gefunden und auch keine Verbindung mit Arbeitern haben, bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als von hier nach Jaroslawlj zurückzufahren.“

Ich verließ sofort mit dem Genossen P. die Hütte und fuhr nach am selben Tage von Kineschma fort, den Koffer mit den Sachen und den Büchern ließ ich bei dem Gumnasialisten.

Die Genossen in Jaroslawlj nahmen meine Mitteilung über die unerwarteten Hindernisse die meine Arbeit in Kineschma unmöglich machten zur Kenntnis. Da ich krank war, stand vor ihnen nun die Frage, was mit mir geschehen soll.

Die Partei hatte zu jener Zeit nicht die Möglichkeit, die erkrankten Genossen behandeln zu lassen. Sie hatte so wenig Mittel, daß sie nicht einmal in der Lage war, die Parteiarbeiter so zu organisieren, wie es notwendig war. Der erkrankten Genossen blieb nichts anderes übrig, als in Jaroslawlj weiterzuarbeiten. Auch ich konnte nichts anderes anfangen. Außerdem brannte ich vor Verlangen, die in mir ausgepeicherte Energie der revolutionären Arbeit zu widmen. Ich freute mich aus diesem Grunde außerordentlich, als die Genossen in Jaroslawlj mir einen alten, aber

tragenen Wintermantel gaben und mich nach Zwanowo-Wojnesseff schickten.

„Das ist unser russisches Manchester!“ sagte einer der Passagiere laut, als die Fabrikschlote und die roten Fabrikgebäude von Zwanowo-Wojnesseff sichtbar wurden. Unter den Passagieren, die die Waggons verließen, lenkte eine Gruppe von Schauspielern durch ihre europäische Kleidung die Aufmerksamkeit aller auf sich. Sie kamen zu einem Gastspiel nach Zwanowo-Wojnesseff, um in einem Privattheater — es gab kein städtisches Theater — zu spielen. Neugierig sah ich diese Menschen an, die aus einer mir gänzlich unbekanntem Welt stammten.

Ich verließ als gebrochener Mensch den Zug. Ich brannte wie vor dem Verlangen, alle meine Kräfte der großen Sache der Befreiung der Arbeiterklasse zu widmen. Wie nordem brannte in mir ein unverlöschlicher Haß gegen die Kapitalisten und Unterdrücker. Ich konnte mir kein anderes Leben vorstellen als das Leben eines Revolutionärs, der für das Erwachen des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse lebt, für die Schaffung einer Partei der Arbeiterklasse, aber das Mißgeschick, das mich von den ersten Tagen meiner Rückkehr aus Sibirien in Petersburg in Exil, Exil, Exil und Kineschma verfolgte, und meine Krankheit, die einen Krüppel aus mir machte, ließen meine Zukunft nicht im rosigsten Licht erscheinen. Sehr oft dachte ich daran, daß mein Leben mich vielleicht bis zur äußersten, schicksalsschweren Grenze bringen könnte...

Ich verließ den Bahnhof und ging, trotz schrecklicher Schmerzen im Bein, zu Fuß in die Stadt, da ich kein Geld zum Fahren hatte. Unterwegs erblickte ich im Fenster eines kleinen Ladens einen Zettel, auf dem ein Zimmer zur Vermietung angeboten wurde. Ich trat in den Laden und fragte, was das für ein Zimmer sei und wieviel es koste. Das Zimmer war sehr klein, feucht und schlecht möbliert. Der Wirt wollte es nur aber nicht vermieten, als er erfuhr, daß ich Metallarbeiter sei und auf Arbeitssuche bin.

„Nein, was fällt Ihnen nur ein, das Zimmer paßt nicht für Sie. Aus welchen Mitteln können Sie es denn bezahlen? Wo sind hier nicht in Petersburg, hier ist Zwanowo-Wojnesseff. Hier sind die Arbeiter nicht so verwöhnt, daß sie Anspruch auf ein eigenes Zimmer hätten. Hier wohnen sie in Fabrikalernen oder in den umliegenden Dörfern oder mieten sich irgendwo eine Stube und schlafen auf dem Fußboden. Gehen Sie nur in die Stadt, und wenn Sie an einem Haus einen Zettel sehen: 'Ein Schlafgänger wird gesucht', so gehen Sie hinein. Das wird Ihre Sache am besten entsprechen.“